

Berlin, Sonnabend,

Die Zeitung erscheint in der Woche
zweimal.

Bezugs-Preis:

Bierteljährlich
für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Postlohn,
für ganz Deutschland 9 Mk.
Lieferung 13 H. 52 Pf., Ausland
4 Mk. 55 Pf., Postland 7 H. 50 Pf.,
Schweiz 12 H. 40 Pf., Dänemark,
Schweden u. Norwegen 9 Kr.

Für Frankreich, Belgien, England,
Amerika u. Australien Sendung
20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen:
für England in London bei
Siegler & Co. Ltd.

129 Bebbington Street E.C. und
Cowie & Co. 19 Gresham Street E.C.

Morgen- Nr. 559. Ausgabe.

den 29. November 1913.

Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen
bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Ergänzungen zum Kurszettel.

Kupon-Kalender.

Vollständige Dichtungslisten der

Preuß.-Bild. Klassenlotterie.

Allgemeine Feriengeldtabellen

mit Restanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarische

Uebersichten.

Inserions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 60 Pf.

Restamteile 1.20 Mk.

Fernsprecher:

Zentrum, Nr. 243.

Telegraphen-Adresse:

Börsen-Zeitung.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8, Kronenstr. Nr. 37.

Annahme der Inserate: In der Expedition.

Für den Monat Dezember eröffnen wir ein besonderes Abonnement. Auswärts und in Berlin werden die Bestellungen zum Preise von 3 Mark bei allen Postanstalten, in Berlin zum Preise von 2 Mark 50 Pf. — exkl. Postlohn — bei sämtlichen Zeitungs-Spediteuren, sowie in unserer Expedition, Kronenstr. 37, entgegengenommen.

Dom Tage.

Die badische Zweite Kammer wählte gestern zum ersten Präsidenten Rohrbach mit 37 Stimmen wieder; Dr. Behner (3.) erhielt 35 Stimmen.
Zum Präsidenten der italienischen Deputiertenkammer wurde der ministerielle Kandidat Marcora mit 304 Stimmen gewählt; der Sozialdemokrat Brambilla erhielt 81 Stimmen.

König Carol eröffnete gestern die Session des rumänischen Parlaments mit einer Vortragsrede.

Nach einer Meldung aus Washington erhielt die vierte Division der atlantischen Flotte Befehl, vom Mittelmeer an die Ostküste Mexikos zu gehen, um die zweite Division dort zu verstärken.

Fürst v. Bülow über deutsche Politik.

Das dreibändige Werk „Deutschland unter Kaiser Wilhelm II.“ erscheint, wie gemeldet, demnächst im Verlag von Reimar Hobbing in Berlin und will eine Entwicklungsgeschichte Deutschlands während der letzten 25 Jahre auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens geben. Durch die Freundlichkeit der Verlagsanstalt wird sich in der Lage an dem Beitrag des früheren Reichskanzlers Fürsten v. Bülow einen Anhang zu publizieren.

In der Einleitung des Buches gibt Fürst Bülow einen Überblick über die Entwicklung der deutschen Weltpolitik, die ihn dann zu einem weiteren Kapitel führt, in dem er die Notwendigkeit der deutschen Kriegsmarine begründet. Von da führt der Gedankengang logischerweise zu unserm Verhältnis zu England, das der Fürst einer eingehenden Besprechung unterzieht. Daran schließt sich ein anderes Kapitel über die Vereinigten Staaten und über Japan. Einen besonderen Raum nimmt eine Abhandlung über die bosnische Krise ein, die zweifellos in der politischen und diplomatischen Welt besondere Beachtung finden wird. Die nächste Abhandlung gilt dem Dreibund und den Dreibundmächten sowie dem Verhältnis zu Rußland. Daran anschließend leitet der Fürst auf den Zweibund über und die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, bei denen der marokkanischen Frage eine sehr bedeutende und pointierte Kritik zuteil wird. Dieser Teil über die auswärtige Politik schließt mit einer Nachbetrachtung der deutschen Weltpolitik.

Ueber die innere Politik sagt der Fürst: Es ist gemächlich in beiden Lagern üblich, Konföderalismus und Liberalismus als die beiden grundverschiedenen Staatsauffassungen anzusehen und zu behaupten, daß eine jede dem Gegenpol zur anderen steht. Damit kommt man dem Verhältnis zwischen deutschen Konservativen und deutschen Liberalen nicht bei. Träte das zu, so müßten die beiden Parteien und die ihnen zugehörten Gruppen um so härter

sein, je schroffer ihr Gegensatz ist, je feindseliger sie sich gegeneinander stellen. Nun ist aber gerade das Gegenteil der Fall. Von wenigen außerordentlichen Situationen abgesehen, sind Konfervative und Liberale immer dann als Parteien am stärksten, parlamentarisch am einflussreichsten gewesen, wenn sie zusammengehören. Im Kartell und im Block waren die beiden Parteien am stärksten. Und die Zeiten ihres Zusammengehens waren auch immer die, in denen die allgemeine nationale Stimmung am freudigsten und am zuverlässigsten gewesen ist. Gewiß kann nicht alles politische Sein, nicht die Lösung jeder gesetzgeberischen Aufgabe von konföderativ-liberaler Zusammenarbeit erwartet werden. Es wird immer wieder der Fall eintreten, daß sich in einzelnen, auch in wichtigen Fragen die Konfervativen und die liberalen Wege trennen. Denn die Gegensätze bestehen nun einmal und bestehen mit Recht. Es wäre auch grundfalsch, alle großen Leistungen auf dem Felde der inneren Politik auf das Konto konföderativ-liberaler Zusammenarbeit schreiben zu wollen. An unserer sozialpolitischen Gesetzgebung, an vielen unserer Behördungen, vor allem an der Bewilligung der Flotte hat das Zentrum hervorragendes und nicht selten entscheidendes Anteil. Aber der Haß zwischen Konfervativen und Liberalen ist noch immer verhängnisvoll gewesen: für die beiden Parteien selbst, für den Gang unserer inneren Politik und last not least für die Stimmung in der Nation.

Die liberal-konfervativen Gegensätze werden nie verschwinden. Sie haben ihren historischen und ihren praktischen Sinn. Ihre Reibung ist ein Teil unseres politischen Lebens. Aber man soll diese Gegensätze nicht unnötig aufheben und nicht so große Dinge wie unüberhörliche Weltanschauungen aus ihnen machen. Damit entfernt man sich von der nüchternen politischen Wirklichkeit. Selbst der konfessionelle Gegensatz, der seit hundert Jahren durch die Nation geht, und den die Nation nach ihrer ganzen Veranlagung immer schwer genommen hat, tritt im praktischen politischen Leben hinter den Forderungen des Augenblicks zurück. Im Sozialismus haben wir tatsächlich einen von unserer bürgerlichen Auffassung von Recht und Sittlichkeit, Gesellschaft und Staat unterschiedenen Ideenzirkel, den man eine andere Weltanschauung nennen kann. Ich habe in dieser Verbindung selbst einmal von einem Weltanschauungsgegenüber gesprochen. Aber daß einen liberalen Bürgermann von einem konfervativen Bürgermann eine Weltanschauung trennen soll, glaubt ja im Ernst kein Mensch. Dazu sind der gemeinsamen Gedanken und Ideale, besonders in nationaler Hinsicht, zu viele, und das weite Reich des deutschen Geisteslebens in Wissenschaften und Künsten gehört beiden gemeinsam. Wie viele liberale Männer gibt es, die einzelnen konfervativen Anschauungen durchaus zuneigen! Wie viele konfervativ-Männer, die keineswegs allen liberalen Gedanken und Forderungen ablehnend gegenüberstehen! Alle diese Männer halten sich trotzdem keineswegs für politisch farblos und sind es auch nicht. Und was nun die Minister angeht, so pflegen sich die Parteiführer in regelmäßigen Zwischenräumen darüber zu freieren, ob dieser oder jener Minister mit dem konfervativen oder dem liberalen Stempel zu versehen sei, wobei gewöhnlich jede Partei die Mehrheit der Gegenpartei anzuhängen sucht. Die Wahrheit ist, daß die meisten Minister in Verlegenheit sein würden, auf die Frage, zu welchem Parteiprogramm sie sich bekennen, eine präzise Antwort zu geben.

Die Parteigegensätze allzusehr auf die Spitze zu treiben, ist nicht nur unbedeutend, sondern auch unpraktisch. Die Parteien pflegen nicht allzulange Arm in Arm zu gehen, und der Bund, den sie miteinander schließen, ist kein ewiger Bund. Sie kommen also, wenn sie mit den Freunden von gestern brechen und

sich mit den Feinden von gestern versöhnen, am Ende in die peinliche Lage, die sorgsame Konstruktion grundsätzlicher Parteigegensätze mit derselben Mühe wieder abtragen zu müssen, die sie an ihren Aufbau gewandt haben. Das ist ungefähr so oft geschehen, wie die Zusammenfassung der Mehrheiten sich verändert hat.

Wären die Parteigegensätze wirklich so tiefgehend, so alle Einzelheiten des politischen Lebens durchdringend, wie es in den Zeiten des Parteihabers dargestellt wird, so müßte es bei der Weisheit unserer Parteien, deren keine bisher die absolute Mehrheit hatte, unmöglich sein, gesetzgeberische Arbeit zustande zu bringen. Nun ist aber tatsächlich während der letzten Jahrzehnte auf fast allen Gebieten der inneren Politik vielseitige und wertvolle Arbeit geleistet worden. Die Parteien haben sich der Reihe nach zur Verfügung gestellt und ihre früher scharf betonten Gegensätze oft mit erstaunlicher Flexibilität überwinden können. Freilich werden dann andere Gegensätze um so schärfer betont. Das hält auch nur bis zur nächsten neuen Mehrheitsbildung vor, sobald in der Tat kein Grund vorliegt, die Gegensätze zwischen den Parteien gar so tragisch zu nehmen.

Interessant ist das Schlusswort, das der Fürst der politischen Erziehung des deutschen Volkes gewidmet hat. Er erwähnt die führenden Kreise der Nation, an der Leitung der Geschäfte des Reiches mehr aktiven Anteil zu nehmen und sich nicht in falscher Vornehmheit zurückzuziehen. Nicht auf eine Verneuerung der parlamentarischen Rechte komme es an, sondern auf die Erziehung zum politischen Handeln. Nicht die Rolle des genüglichen Wagner, sondern der strebende Faust möge ihm ein Vorbild sein.

Wie man sieht, ist Fürst von Bülow besorgt, seine Politik des Zusammenschlusses Liberaler und Konfervativer zu gemeinsamem Wirken im Interesse des Vaterlandes nichtträglich zu rechtfertigen. Wir müssen weitere Einblicke in seine Darlegungen gewinnen, um zu sehen, welche Folgerungen der Fürst aus den Ursachen, die den Block auseinanderfallen ließen, zieht. Interessant bleiben die Ausführungen des Fürsten von Bülow fraglos immer, daß er aber sensationell wirkende Enthüllungen bieten werde, was wir von vorn herein bezweifeln, scheint nach dem uns zugänglich gemachten Probe ausgefloßen.

Telegramme.

Köln, 28. November. (Priv.-Tel. d. V. W.-Z.) In der heutigen Sitzung der Deutschen Kolonialgesellschaft wurde der Antrag der Hamburger Abteilung entsprechende Beschlüsse zugunsten der Beteiligung des Reiches an der Weltausstellung in San Francisco angenommen. Außerdem werde ein Zuschuß bis zu 40 000 Mk. für die Allgemeine deutsch-afrikanische Landesausstellung zu Darsesalam 1914 dem Ausschuß der Kolonialgesellschaft zur Verfügung gestellt.

Köln, 28. November. (Priv.-Tel. d. V. W.-Z.) Die Verhandlungen zwischen den Verleibern und Unternehmern im Buchbindergewerbe über den Abschluß eines neuen Buchbindertarifs für Köln und Düsseldorf sind gescheitert. In gut besuchten Versammlungen der freien und der christlichen Buchbinder schloß man sich einstimmig dem Vorgehen der Vertreter an. Weiter wurde beschlossen, bis zum Ablauf des Tarifs am 31. Dezember Ueberstunden zu verweigern. Ueber Köln und Düsseldorf wurde die Externe verhängt.

Köln, 28. November. (Priv.-Tel. d. V. W.-Z.) Die Unterabteilungen des verhafteten Reichsanwalters Lanßenberg sind auf 50 000 Mk. festgesetzt. Er wird außerdem der Verdärfaktation beschuldigt, d. h. des Rates und Bestands in derselben Reichskasse an beide Parteien.

Wien, 28. November. (S. T. C.) Das Abgeordnetenhaus legte die Debatte über die Personal-einkommenerneuerung fort. Zu Beginn der Sitzung kam der Landesverteilungsminister auf eine